

Änderungsanträge zum Bundestagswahlprogramm 2017 Kultur

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung am 19. Mai 2017

Beschluss: Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen reicht die folgenden Änderungsanträge/unterstützt die folgenden Änderungsanträge an den Bundesparteitag [ein].

Hinweis: Die Änderungsanträge wurden von der Ständigen Kulturkonferenz erarbeitet und die Mitglieder werben um Unterstützung aus den Landesverbänden.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Siehe Einzelabstimmungen.

f.d.R.

Dresden, den 19. Mai 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Teil A: Ersetzung des gesamten Abschnittes IX. Kultur für alle von allen.

Seiten 73 und 74, Zeilen 1943-2021:

Der gesamte Abschnitt ist inklusive der Überschrift durch den folgenden Text zu ersetzen:

IX. Für eine vielfältige, partizipative und allen zugängliche Kultur

Kultur eröffnet neue Räume im Denken und Handeln und wirft immer wieder die Frage auf: Wie wollen wir zusammen leben? Kultur und Kunst ermöglichen Kommunikation und Verständigung, Bildung, Freiheit und Selbstvergewisserung. Fantasie und Kreativität zeigen, dass wir uns mit der Realität nicht abfinden müssen, sondern sie gestalten können. DIE LINKE tritt für eine demokratische Kultur ein, in der alle in Deutschland Lebenden, unabhängig von ihrer Herkunft, ihre kulturelle Identität finden und ausdrücken können. Wir werden das kulturelle Leben fördern in allen Milieus und Regionen, in Metropolen und in ländlichen Räumen, in Kulturinstitutionen und freier Szene, als Basis für die Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft.

Kürzungen der Kulturförderung, Schließungen oder Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und ein massiver Personalabbau haben den öffentlichen Kultursektor geschwächt. Kommerzielle Angebote sind nicht für alle Menschen zugänglich und häufig nicht demokratisch gestaltet. Die wirtschaftlichen und sozialen Risiken für die Kulturschaffenden haben sich vergrößert. Ihre Situation ist zunehmend von sozialer Unsicherheit sowie geringen und schwankenden Einkünften gekennzeichnet. Digitalisierung und die wachsende Kreativwirtschaft haben den Charakter der Arbeit verändert: Mehr zeit- und ortsungebundenes Arbeiten ermöglicht mehr Selbstbestimmung und Zeitsouveränität. Aber die Gefahr der (Selbst-) Ausbeutung wächst. Befristete Beschäftigungsverhältnisse und Soloselbständigkeit lösen das alte Normalarbeitsverhältnis zunehmend ab. DIE LINKE will gute Arbeitsbedingungen, die Stärkung des Öffentlichen und mehr Demokratie auch im Bereich der Kultur durchsetzen:

- Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine kommunale Haushaltsnotlage darf nicht zum Schließen von Kultureinrichtungen führen. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Archive, Bibliotheken, Kinos, Museen, Musik- und Kunstschulen, Opernhäuser, soziokulturelle Zentren, Tanz, Theater, Volkshochschulen und die vielfältigen Vereine schaffen.
- Kultureinrichtungen, freie Szene und die vielfältigen Akteure kultureller Bildung in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen brauchen eine sichere finanzielle und personelle Basis und längerfristige Planungsmöglichkeiten.
- Wir setzen uns für eine grundlegend andere Kulturförderung ein: statt Druck durch die Ökonomisierung wollen wir eine solide Grundfinanzierung. Sie soll genügend Freiräume für Projektentwicklung bieten und die Kulturschaffenden – ob angestellt oder freischaffend – sozial absichern.

Wir streiten für gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich (vgl. Kapitel Gute Arbeit).

- Wir wollen die Vergabe öffentlicher Fördermittel an eine gute, existenzsichernde Vergütung, gute Arbeitsbedingungen und Gendergerechtigkeit koppeln. Wir streiten für branchenspezifische Mindesthonorare und Ausstellungshonorare für bildende Künstlerinnen und Künstler.

- Wir wollen die Verhandlungsmacht der Kreativen im Urhebervertragsrecht stärken.
- Die Künstlersozialkasse muss erhalten und ausgeweitet werden. Wir wollen neu entstandene Tätigkeitsfelder einbeziehen und den Bundeszuschuss erhöhen.
- Wir streben die Einbeziehung von (Solo-)Selbständigen in unsere solidarischen Versicherungsmodelle (Gesundheit, Erwerbslosigkeit, Rente, Pflege) an.
- Die Verwertungsgesellschaften wollen wir reformieren und die Mitbestimmungsrechte der Kreativen verbessern.

Wir wollen Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir eine gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie.

- Wir setzen uns für eine Open Access Strategie auch im Kulturbereich ein und wollen für Kultureinrichtungen Möglichkeiten und Anreize schaffen, ihre digitalen Veröffentlichungen unter freie Lizenzen zu stellen. Kooperationen mit der Deutschen Digitalen Bibliothek sind auszubauen.
- Wir wollen Filme auf Dauer bewahren und zugänglich machen.
- Für öffentliche Bibliotheken wollen wir den Verleih digitaler Medien vereinfachen.

DIE LINKE steht für einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zur Kultur. Wir wollen Räume für Dialog und transkulturellen Austausch schaffen. Wir wollen Unterschiede nicht leugnen, sondern produktiv machen. Wir wollen gegenseitiges Verständnis und Perspektivwechsel befördern.

- Der Eintritt in vom Bund geförderte Museen und Sammlungen muss perspektivisch kostenfrei sein. Wir wollen das museumspädagogische Personal aufstocken.
- Kultureinrichtungen müssen barrierefreie und inklusive Angebote machen.
- Die Erfahrungen von Kultureinrichtungen und Projekten mit inter- bzw. transkulturellen Vermittlungskonzepten gilt es zu nutzen und zu verbreiten.

Wir wollen die Bundeskulturförderung neu strukturieren. Die LINKE wird sich weiterhin gegen die zunehmende Ökonomisierung und Privatisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge engagieren und auf die Einhaltung der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt bei internationalen Handelsabkommen pochen.

- Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir wollen Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel im Grundgesetz. Damit wollen wir den kooperativen Kulturföderalismus stärken.
- Wir wollen einen Bundeskulturminister bzw. eine Bundeskulturministerin mit Kabinettsrang und ein Kulturministerium, um die Belange der Kultur gegenüber anderen Ressorts sowie auf europäischer Ebene wirksamer vertreten zu können.
- Länder und Kommunen müssen ausreichend Mittel erhalten, damit sie ihren Aufgaben in der Kulturpflege und Kulturförderung nachkommen können – und eine Vielfalt der kulturellen Angebote sichern können. Die Ausschöpfung der finanziellen Mittel für Kunst am Bau muss stärker forciert und in den Kommunen mehr publik gemacht werden.
- Wir wollen die Kulturpolitikforschung ausbauen, einen Kulturbericht etablieren und die Kulturförderung des Bundes neu systematisieren.
- Wir wollen die Kulturförderfonds bedarfsgerecht ausstatten und sie als zentrales Instrument der freien Szene stärken.
- DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Förderprogramme des Bundes besser mit Landesprogrammen verzahnt werden können.

DIE LINKE steht für eine lebendige und plurale Geschichts- und Erinnerungspolitik. Wir wollen zur kritischen Auseinandersetzung mit der widersprüchlichen Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, insbesondere zur Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus und seiner Folgen anregen. Wir engagieren uns für eine differenzierte Aufarbeitung der Geschichte der DDR, bei der weder begangenes Unrecht geleugnet noch das Engagement und die Leistungen vieler Bürgerinnen und Bürger in diesem Staate entwertet werden.

- Gedenkstätten wollen wir als Orte des Gedenkens und als zeithistorische Museen stärken. Die Arbeitsbedingungen v.a. des pädagogischen Personals müssen verbessert werden.
- Wir wollen lebendige Erinnerungskulturen fördern, die an den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft orientiert sind. Wir engagieren uns für demokratische, antifaschistische Kultur und einen kritischen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit.
- NS-Raubkunst muss zurückgegeben werden. Dazu bedarf es einer besseren Erforschung der Herkunft der Kunst- und Kulturgüter (Provenienz-Forschung).
- Wir setzen uns für die Berücksichtigung der Ergebnisse der Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde ein. Wir wollen die Stasi-Unterlagen ins Bundesarchiv überführen. Ihre Nutzung muss über das Bundesarchivgesetz geregelt werden.
- Wir wollen die spezielle Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz in die allgemeine Kulturförderung überführen.

Begründung:

Die Bundeskulturpolitik hat in den letzten beiden Jahrzehnten spürbar an Bedeutung gewonnen, braucht aber ein linkes Korrektiv. Der bisherige Text enthält schon wichtige Aussagen und Forderungen, bedarf aber in einigen Punkten der Ergänzung und der Korrektur von Fehlern oder auch in redaktioneller Hinsicht. In unserem Ersetzungsantrag sind wir soweit wie möglich beim Text des Leitanspruchs geblieben und schlagen nur an den dringendsten Stellen Änderungen vor. So kann die prinzipielle Einschätzung des jetzigen Kulturbetriebs als auf Profit ausgerichtet in ihrer Absolutheit nicht stehen bleiben. Wenn im Kulturteil die DDR nur mit Stasi-Bezug erwähnt wird, folgen wir selbst den gängigen Zuschreibungen, das darf so nicht bleiben. Es fehlen wesentliche Forderungen der Linken zum Umgang mit Geschichte (namentlich mit der Geschichte der DDR), zu wirksamen Strategien gegen eine zunehmende Ökonomisierung und Privatisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge auch im internationalen Rahmen (Umsetzung UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt), zur Erhöhung des Gewichts von Kulturpolitik (Bundeskulturministerium) und zur Systematisierung von Kulturförderung (Kulturbericht- und Konzept). Diese Forderungen haben wir ergänzt. Einige Gedanken sind doppelt und an falschen Stellen erwähnt, sie werden treffender formuliert und an richtiger Stelle platziert, einige Wörter fehlen, fehlende Absätze stellen Sinnzusammenhänge her, die es nicht gibt. Der Begriff Beute-Kunst ist falsch. Dazu haben wir redaktionelle Änderungen vorgesehen und schlagen im Ergebnis einen in sich stimmigen und fachlich korrekten Text vor. Wir bitten um Zustimmung.

Abstimmung: mehrheitlich übernommen

Teil B: Redaktionelle Änderungen

1) Seite 73, Zeile 1966:

Die Wörter „diese Einrichtungen“ ersetzen durch:
„von Kultureinrichtungen“

Begründung: Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, da sonst nicht klar wird, welche Einrichtungen gemeint sind. Denn erst im Satz danach folgt die Aufzählung, worum es eigentlich geht.

2) Seite 73, Zeile 1968:

vor „Theater“ ist „Tanz,“ zu ergänzen

Begründung: Da die Aufzählung Vollständigkeit suggeriert, ist es geboten, unbedingt den Tanz zu erwähnen, da es gerade diese Sparte ist, die bisher viel zu wenig unterstützt und gefördert wird.

3) Seite 73, Zeile 1968 sowie Seite 74, Zeilen 1999-2000 und 2001-2002:

a) Seite 73, Zeile 1968

Nach dem Ende des zweiten Satzes im ersten Forderungspunkt folgenden Satz von einer anderen Stelle des Kulturabschnittes einfügen:

„Kultureinrichtungen, freie Szene und die vielfältigen Akteure kultureller Bildung in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen brauchen eine sichere finanzielle und personelle Basis und längerfristige Planungsmöglichkeiten.“

Begründung: Diese Forderung ist an zwei Stellen im Leitantrag doppelt formuliert und falsch einsortiert. An diesen beiden Stellen wäre sie zu streichen und hierhin auf Seite 73, Zeile 1968 zusammengefasst und allgemeiner formuliert zu setzen, aber unbedingt zu verschieben.

b) Seite 74, Zeilen 1999-2000

Der Satz „Den vielfältigen Akteuren kultureller Bildung in den Metropolen wie in den ländlichen Räumen bieten wir langfristige Planungsmöglichkeiten und eine sichere personelle Basis“ ist zu streichen.

c) sowie Seite 74 Zeilen 2001-2002

Der Satz „Kultureinrichtungen, der freien Szene und den vielen Vereinen und Initiativen werden wir langfristige Planungssicherheiten bieten.“ ist zu streichen.

Begründung: Beide Forderungen sind wichtig, sie sollen auf keinen Fall wegfallen. Sie werden nun zusammengefasst an der richtigen Stelle eingefügt, um Doppelungen im Text zu vermeiden.

4) Seite 73, Zeile 1982-1984:

nach „Bundeszuschuss erhöhen“ Absatz einfügen und den dann folgenden Satz als eigenen Forderungspunkt formatieren

Begründung: Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, da kein Sinnzusammenhang zwischen den beiden Forderungen besteht.

5) Seite 73, Zeilen 1982-1984:

**Nach „Wir streben die Einbeziehung“ ergänzen
„von (Solo-)Selbstständigen“**

Begründung: Dies ist auch eine redaktionelle Änderung, da sich sonst nicht erschließt, wer in die solidarischen Versicherungsmodelle einbezogen werden soll.

6) Seite 74, Zeile 2010:

„werden“ durch „wollen“ ersetzen

Begründung: Es handelt sich um eine die redaktionelle Änderung, die dem Charakter des Leitantrags entspricht, da „wir werden“ sonst keine Verwendung findet. Die Aussage wird durch die Änderung als Ziel formuliert.

7) Seite 74, Zeile 2011:

**vor „DIE LINKE steht für eine lebendige und plurale Geschichts- und Erinnerungspolitik“
Absatz einfügen und folgenden Satz als Einleitung formatieren, nicht als Forderung**

Begründung: Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, da kein Sinnzusammenhang zum vorhergehenden Satz besteht. Es handelt sich vielmehr um die Hinführung zum nächsten Forderungsabschnitt.

8) Seite 74, Zeile 2012:

Die Sätze „Gedenkstätten wollen wir als Orte des Gedenkens und als zeithistorische Museen stärken. Die Arbeitsbedingungen v.a. des pädagogischen Personals müssen verbessert werden.“ sind als eine Forderung zu formatieren.

Die Sätze „Wir wollen lebendige Erinnerungskulturen fördern, die an den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft orientiert sind. Wir engagieren uns für demokratische, antifaschistische Kultur und einen kritischen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit.“ sind als weitere Forderung zu formatieren.

Begründung: Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung. Dem Abschnitt Erinnerungspolitik gebührt ein eigener Passus, der durch die beiden Forderungen untersetzt wird. Der Satz zur Raubkunst/Provenienz-Forschung schließt dann als dritte Forderung an.

9) Seite 74, Zeile 2017:

„Beutekunst der Nazis“ ersetzen durch:

„NS-Raubkunst“

Begründung: Der Begriff Beutekunst ist falsch, da er sich auf in einem Krieg oder kriegsähnlichen Zustand widerrechtlich entzogene Kulturgüter bezieht (Kunstraub). Hier aber geht es speziell um die sog. NS-Raubkunst oder präzise NS-verfolgungsbedingt entzogene Kunst. Während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verloren zahlreiche Sammler von Kunst- und Kulturgütern, vor allem jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, aufgrund rassischer, politischer oder weltanschaulicher Verfolgung ihr Eigentum durch Raub, Enteignung oder anderweitigen Entzug. Andere mussten ihren Besitz unter Wert veräußern oder konnten ihn bei Flucht und Emigration nicht mitführen. Um die Rückgabe dieser Kulturgüter bzw. eine Entschädigung für deren Verlust geht es – nicht um Krieg.

10) Seite 74, Zeile 2018:

nach dem Ende des zweiten Satzes „(Provenienzforschung).“ Absatz einfügen

Begründung: Der Umgang mit den Stasi-Unterlagen gehört nicht zur NS-Raubkunst und sollte davon als Forderung sichtbar abgetrennt werden.

11) Seite 74, Zeile 2020: Der Satz ab „Wir wollen die spezielle Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz.“ ist als eigene Forderung zu formatieren.

Begründung: Das Thema der Bundeskulturförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz steht in keinerlei Sinnzusammenhang zum Umgang mit den Stasi-Unterlagen und soll daher als eigener Forderungspunkt erkennbar sein.

Blockabstimmung: einstimmig übernommen

Teil C: Inhaltliche Änderungen

1) Seite 73, Zeile 1945: Überschrift ersetzen durch

„Für eine vielfältige, partizipative und allen zugängliche Kultur“

Begründung: Die neue Überschrift bringt den Ansatz linker Kulturpolitik präziser und zeitgemäßer zum Ausdruck als die alte Formel aus den Zeiten sozialdemokratisch geprägter Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren, auch wenn wir die Zielstellung: „Kultur für alle von allen“ grundsätzlich teilen.

Abstimmung: einstimmig übernommen

2) Seite 73, Zeilen 1952-1962: ersetzen durch

„Kürzungen der Kulturförderung, Schließungen oder Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen und ein massiver Personalabbau haben den öffentlichen Kultursektor geschwächt. Kommerzielle Angebote sind nicht für alle Menschen zugänglich und häufig nicht demokratisch gestaltet. Die wirtschaftlichen und sozialen Risiken für die Kulturschaffenden haben sich vergrößert. Ihre Situation ist zunehmend von sozialer Unsicherheit sowie geringen und schwankenden Einkünften gekennzeichnet. Digitalisierung und die wachsende Kreativwirtschaft haben den Charakter der Arbeit verändert: Mehr zeit- und ortsungebundenes Arbeiten ermöglicht mehr Selbstbestimmung und Zeitsouveränität. Aber die Gefahr der (Selbst-) Ausbeutung wächst. Befristete Beschäftigungsverhältnisse und Soloselbständigkeit lösen das alte Normalarbeitsverhältnis zunehmend ab.“

Weiter in Zeile 1962: Die LINKE will gute Arbeitsbedingungen....

Begründung: Die Charakterisierung der Situation im Kulturbereich in den letzten Jahren kann so nicht stehen bleiben. Sie trifft in dieser Absolutheit nicht zu. Zwar gab es Kürzungen öffentlicher Förderung und Schließungen von Einrichtungen vor allem in den Kommunen – es gab aber auch Neugründungen und einen insgesamt wachsenden öffentlichen Kulturretat. Von einer „Dominanz von Profitorientierung auch im Kulturbereich“ kann angesichts der Höhe der öffentlichen Mittel, die in diesen Bereich fließen (insgesamt rund 10 Milliarden Euro jährlich), und des Engagements der Kulturschaffenden nicht gesprochen werden. Deshalb wurde diese Passage gestrichen und die Darstellung insgesamt präzisiert. Im neuen Text werden die zu kritisierenden Tendenzen auch benannt aber nicht unzulässig verallgemeinert. Auch der Halbsatz Zeilen 1960-1961 „, weil es zu wenig kollektive Interessenvertretung gibt“ wurde ersatzlos gestrichen. Der Mangel an kollektiven Interessenvertretungen ist zwar eine Tatsache und ein Problem für die Durchsetzung berechtigter Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aber nicht die Ursache für Selbstausbeutung der Kreativen.

Abstimmung: einstimmig übernommen

3) Seite 73, Zeile 1973: im ersten Satz nach „Wir streiten“

Die Formulierung „für eine neues Normalarbeitsverhältnis, das den Anforderungen unserer Zeit und den Bedürfnissen der Beschäftigten entspricht“ streichen und fortsetzen ab „für gute, existenzsichernde Arbeit“.

Der ganze Satz heißt dann neu: „Wir streiten für gute und existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich (vgl. Kapitel Gute Arbeit).“

Begründung: Gerade für den Kulturbereich ist das Reden vom „Normalarbeitsverhältnis“ nicht zielführend. Auch wenn richtiger Weise von einem „neuen Normalarbeitsverhältnis“ gesprochen wird, könnte dieser Satz irritieren. Viele sind hier (solo-)selbstständig tätig und wollen das auch. Das heißt aber nicht, dass sie das dann in prekären Verhältnissen tun müssen. Wir wollen, dass alle Beschäftigten, egal mit welchem Status, gute Arbeitsbedingungen vorfinden und auch Zugang zum sozialen Sicherungssystem haben. Um diese Gruppe nicht auszuschließen, sollte das Wort „Normalarbeitsverhältnis“ an dieser Stelle vermieden werden.

Abstimmung: einstimmig übernommen

4) Seite 73, Zeilen 1989 –1990: ersetzen durch:

„Wir setzen uns für eine Open Access Strategie auch im Kulturbereich ein und wollen für Kultureinrichtungen Möglichkeiten und Anreize schaffen, ihre digitalen Veröffentlichungen unter freie Lizenzen zu stellen. Kooperationen mit der Deutschen Digitalen Bibliothek sind auszubauen.“

Begründung: Solange Kultur als freiwillige Aufgabe der Länder verstanden wird, kann der Bund diese Entscheidung nicht treffen und selbst wenn sich dies ändern sollte, kann es nur für Kultureinrichtungen gelten, die öffentliche Förderung erhalten. Weil der Ansatz aber natürlich vollkommen richtig ist, wird eine Formulierung gewählt, die offen lässt, wie genau wir dies tun wollen, da es im Moment keine einheitliche Möglichkeit dafür gibt. Die Kooperation mit der Deutschen Digitalen Bibliothek ist wichtig, aber für einzelne Kulturinstitutionen kaum händelbar. Deshalb wird auch hier eine weitläufigere Formulierung gewählt.

Abstimmung: einstimmig übernommen

5) Seite 74, Zeile 1999: Vor „den vielfältigen Akteuren“ neuen Forderungspunkt einfügen

„Die Erfahrungen von Kultureinrichtungen und Projekten mit inter- bzw. transkulturellen Vermittlungskonzepten gilt es zu nutzen und zu verbreiten.“

Begründung: Kultureinrichtungen müssen sich angesichts der Migrationsprozesse stärker als bisher öffnen und neue Konzepte erproben, wobei auf guten Erfahrungen aufgebaut werden kann. Dennoch bedarf es der Ermutigung und konkreten Unterstützung durch die Politik.

Abstimmung: einstimmig übernommen

6) Seite 74, Zeile 2001: Nach „neu strukturieren“ einfügen

„Die LINKE wird sich weiterhin gegen die zunehmende Ökonomisierung und Privatisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge engagieren und auf die Einhaltung der UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt bei internationalen Handelsabkommen pochen.“

Begründung: Dieser entscheidende linke Ansatz muss festgehalten werden. Der Einfluss auf internationale Rahmenbedingungen ist Bundesaufgabe – das gehört in ein Bundeswahlprogramm.

Abstimmung: einstimmig übernommen

7) Seite 74, Zeile 2005: nach Satzende neuen Forderungspunkt (nach Absatz) einfügen

„Wir wollen einen Bundeskulturminister bzw. eine Bundeskulturministerin mit Kabinettsrang und ein Kulturministerium, um die Belange der Kultur gegenüber anderen Ressorts sowie auf europäischer Ebene wirksamer vertreten zu können.“

Begründung: Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, nicht zuletzt durch die Festlegungen in Artikel 35 des Einigungsvertrages, hat sich das Gewicht der Bundeskulturpolitik real deutlich erhöht. Die Rolle der Bundeskulturpolitik wächst auch im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit. Dem entsprechen die jetzigen Ressortzuschnitte und Funktionsverteilungen nicht. Ein Kulturminister bzw. eine -ministerin könnte im Kabinett mit anderer Autorität für die Belange der Kultur streiten. Und auf europäischer Ebene könnte die Bundesrepublik Deutschland endlich mit einer Stimme sprechen. Die Kulturhoheit der Länder bliebe dennoch erhalten. DIE LINKE fordert das seit Jahren. Es wäre unverständlich wenn wir nun, da wir sogar in zwei Ländern einen Kulturminister und einen Kultursenator haben, darauf verzichten würden.

Abstimmung: mehrheitlich übernommen

8) Seite 74, Zeile 2010: vor „Wir werden die Kulturförderfonds“ neue Forderung einfügen

„Wir wollen die Kulturpolitikforschung ausbauen, einen Kulturbericht etablieren und die Kulturförderung des Bundes neu systematisieren.“

Begründung: Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die Neustrukturierung der Bundeskulturförderung, wird von uns als LINKEN seit Jahren gefordert und darf daher im Programm nicht fehlen.

Abstimmung: einstimmig übernommen

9) Seite 74, Zeile 2011: Nach „der freien Szene stärken“ neue Forderung einfügen

„DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Förderprogramme des Bundes besser mit Landesprogrammen verzahnt werden können.“

Begründung: In den vergangenen Jahren ist deutlich geworden, dass Bundesprogramme oftmals Förderhemmnisse in der Fläche darstellen, da sie nicht nur hohen bürokratischen Aufwand bedeuten, sondern sich auch oftmals nicht am Bedarf orientieren. Darüber hinaus sind Voraussetzungen für Bundesprogramme meistens so gestrickt, dass vollkommen neue Projekte entwickelt werden müssen, da eine Förderung zum Beispiel ein bereits begonnenes Projekt verbietet. Diese Form der unterstützenden „Projektitis“ ist weder nachhaltig noch Kern linker Kulturpolitik. Einhergehend mit unserer Forderung, das Kooperationsverbot abzuschaffen, bedarf es dieser Klarstellung im Wahlprogramm.

Abstimmung: einstimmig übernommen

10) Seite 74, Zeile 2012: Nach „Erinnerungspolitik.“ einfügen:

„Wir wollen zur kritischen Auseinandersetzung mit der widersprüchlichen Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, insbesondere zur Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus und seiner Folgen anregen. Wir engagieren uns für eine differenzierte Aufarbeitung der Geschichte der DDR, bei der weder begangenes Unrecht geleugnet noch das Engagement und die Leistungen vieler Bürgerinnen und Bürger in diesem Staate entwertet werden.“

Begründung: Die Grundsätze und Anliegen unserer Geschichtspolitik müssen an einer Stelle im Leitantrag dargelegt werden. Dabei darf die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR nicht fehlen und es muss mehr im Blick sein als die Stasi und das „Unrechtssystem“.

Abstimmung: einstimmig übernommen

11) Seite 74, Zeile 2018: nach dem Ende des zweiten Satzes „(Provenienzforschung).“ Absatz und als neue Forderung einfügen:

„Wir setzen uns für die Berücksichtigung der Ergebnisse der Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde ein.“

Weiter in Zeile 2018 „Wir wollen die Stasi-Unterlagen ins Bundesarchiv überführen...“

Begründung: DIE LINKE hat die Ergebnisse der Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde, die in dieser Legislatur vorgelegt wurden, begrüßt, weil sie zu großen Teilen unseren eigenen Überlegungen entsprachen. Ihre Umsetzung aber wurde aus durchsichtigen Gründen vertagt. Wir müssen sie nun in der nächsten Legislatur erneut einfordern.

Abstimmung: mehrheitlich übernommen